



Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

57. Sitzung (öffentlich)

5. November 2008

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 17:45 Uhr

Vorsitz: Marie-Luise Fasse (CDU)

Protokoll: Dr. Hildegard Müller

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Aktuelle Viertelstunde I 8

Thema: **Blauzungenkrankheit in den Niederlanden – Virustyp 6**

auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP

Minister Eckhard Uhlenberg (MUNLV) erstattet Bericht.

2 Aktuelle Viertelstunde II 14

Thema: **Finanzkrise: Anzeige VZ gegen Citibank – Welche
Ausmaße hat der Finanzbetrug von Banken gegenüber
Bürgerinnen und Bürgern?**

auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Minister Eckhard Uhlenberg trägt vor.

**3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz
2009)**

22

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7000
Vorlagen 14/1938 und 14/2035

Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Einzelplan 03 – Innenministerium
Zuständigkeitsbereich des Ausschusses

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Die Änderungsanträge der Grünen zu Einzelplan 10 mit den Nummern 1 bis 26 (siehe Vorlage 14/2263) werden – bei Einzelabstimmung der Anträge 8, 9, 15, 21, 25 und 26 und En-bloc-Abstimmung der restlichen – mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD abgelehnt.

Dem Einzelplan 10 wird in der Gesamtabstimmung mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen unverändert zugestimmt.

Der Einzelplan 03, Kapitel 03 310 – 5 Bezirksregierungen –, wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen angenommen.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/7000 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen angenommen.

4 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen (Landwirtschaftskammergesetz – LWKG) sowie zur Neufassung und Änderung sonstiger Vorschriften 42

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/6926

Der CDU/FDP-Änderungsantrag zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/6926 (siehe Anlage) wird einstimmig angenommen.

Der so geänderte Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/6926 wird mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Grünen angenommen.

5 Ackerbauminister Uhlenberg lässt Milchbauern allein – Milchviehbetriebe brauchen faire Erzeugerpreise 45

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/7674

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/7674 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD abgelehnt.

6 Nordrhein-Westfalen muss aufwachen – Sirenenalarm! Die Bevölkerung muss bei Störfällen, Unglücken und Naturereignissen alarmiert werden 54

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/7676

Der Antrag der Grünen Drucksache 14/7676 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt.

7 Konsequenz aus der Finanzkrise: Unabhängige Verbraucherberatung in NRW stärken 56

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/7682

Der Antrag der Grünen Drucksache 14/7682 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD abgelehnt.

8 Umweltzonen in Nordrhein-Westfalen: „Initiative Fuhrparkverjüngung“ starten 57

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/7445

Der Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/7445 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD bei Enthaltung der Grünen abgelehnt.

9 Lärmkartierung NRW – Negative Konsequenzen der enormen Lärmsprünge an Stadtgrenzen für die belasteten Menschen? 59

Vorlage 14/2127

Der Ausschuss diskutiert über den Bericht der Landesregierung, ergangen mit obiger Vorlage.

10 Entwurf einer Artikelverordnung zur Regelung von Zuständigkeiten für Bereiche der Agrarwirtschaft und zur Änderung weiterer Zuständigkeitsregelungen 67

Vorlage 14/2177

Der Ausschuss erhebt keine Einwendungen gegen die Artikelverordnung.

11 Nachmeldung zum Vogelschutzgebiet „Unterer Niederrhein“ an die EU 68

Die Landesregierung erstattet mit Vorlage 14/2179 Bericht.

12 Endbericht zum Großbrand in Köln-Worringen bei INEOS 69

Jeder Fraktion ist ein Exemplar des Endberichts – 900 Seiten – zur Verfügung gestellt worden.

Die Landesregierung wird in der nächsten Sitzung zu den Sachverständigengutachten Stellung nehmen (siehe Vorlage 14/2233 vom 21. November 2009).

* * *

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7000

Vorlagen 14/1938 und 14/2035

Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Einzelplan 03 – Innenministerium
Zuständigkeitsbereich des Ausschusses

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Vorsitzende Marie-Luise Fasse macht auf die Änderungsanträge der Grünen aufmerksam (siehe Vorlage 14/2263).

Svenja Schulze (SPD) erinnert daran, dass man die Grundsatzaussprache über den Haushalt immer wieder verschoben habe. Sie nehme an, dass man sie im Plenum ausführlicher führen werde. Der Haushalt zeige deutlich, dass die schwarz-gelbe Landesregierung die Umweltpolitik systematisch herunterfahre. Seit dem Amtsantritt von Minister Uhlenberg gebe es für Verbraucherinnen und Verbraucher kaum noch Informationen. Dass die Verbraucherzentralen erst einmal betteln kommen müssten, bevor es mehr Geld gebe, zeige, erst wenn das Kind in den Brunnen gefallen sei, werde man tätig. Der Gammelfleischskandal, PFT, die Umgestaltung der Umweltverwaltung machten deutlich, dass der gesamte Bereich systematisch gegen die Wand gefahren werde. Vom Minister erwarte die SPD bei der Umweltpolitik, der Verbraucherschutzpolitik, aber auch bei der Naturschutz- und Landwirtschaftspolitik nicht mehr viel. Der Umweltetat sei die Melkkuh.

Das sei auch der Hauptgrund, warum die SPD keine Änderungsanträge mehr stelle. Der gesamte Haushalt sei Makulatur und basiere auf Einnahmeprognosen, die auf keinen Fall eintreffen würden. Das sei heute schon deutlich. Es werde in den nächsten Tagen eine Steuerschätzung geben, nach der dieser Haushalt nicht mehr zu halten sein werde. Dieser Haushalt sei für die SPD so nicht verhandelbar. Die Landesregierung hätte ehrlich sein und diesen Haushalt absetzen müssen. Die SPD befürchte, dass bei der jetzt drohenden Sparrunde wegen einbrechender Steuereinnahmen gerade der Umweltetat wieder herhalten müsse. Deshalb stelle die SPD keine Änderungsanträge. Sie werde auch den Anträgen der Grünen, obwohl sie sie in vielen Bereichen unterstütze, nicht zustimmen, sondern sich enthalten. Denn auf der vorliegenden Basis könne man nicht sachgerecht diskutieren.

Johannes Remmel (GRÜNE) zeigt sich schockiert über die Art und Weise, wie man mittlerweile die Haushaltsberatungen betreibe; sie seien ritualisiert. Offensichtlich

seien die Grünen die einzige Fraktion, die sich dezidiert Gedanken über den Einzelplan 10 – und nicht nur über diesen – gemacht hätten und zumindest für die Opposition darstellten, wie zukünftig eine andere Politik in den Bereichen Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz aussehen könnte. Die Regierungsfractionen betrieben dieses für die Ausschussberatungen entwürdigende Verfahren schon im dritten Jahr. Man müsse sich fragen, welche Notwendigkeit es überhaupt noch gebe, Haushaltsberatungen im Ausschuss durchzuführen. Dieser Ausschuss und insgesamt auch der Landtag machten sich ein Stück überflüssig, wenn man die Haushaltsberatungen auf ein Gremium konzentriere, das die Fachpolitik völlig ausblende. Deshalb empfehle er den Regierungsfractionen dringend, diesem Verfahren in ihren Fraktionen nicht länger zuzustimmen. Sie entwerteten die fachliche Beratung und damit das Gremium insgesamt. Es sei die Hohe Messe des Parlaments, das Budget zu beraten, und der Ausschuss gehe so liederlich damit um. Das könne NRW bei der Begründung, warum es in Zukunft überhaupt ein Landesparlament geben müsse, gehörig auf die Füße fallen.

Zu den einzelnen Schwerpunkten der Grünen für die Haushaltsberatungen: Man wolle den Verbraucherschutz in Nordrhein-Westfalen nicht abbauen, wie es die Landesregierung für die nächsten Jahre mit einem Vertrag vorsehe, sondern ihn stärken und zusätzlich ausbauen, damit die Verbraucherinnen und Verbraucher auf gleicher Augenhöhe am Marktgeschehen teilnehmen könnten. Wer ein funktionierendes Marktgeschehen wolle, müsse die Verbraucherinnen und Verbraucher stärken. Hier gebe es noch viel zu tun.

Zweiter Schwerpunkt der Haushaltsanträge der Grünen: Man wolle das Naturerbe in Nordrhein-Westfalen schützen und keine Gelder streichen, sondern zusätzliches Geld in die Hand nehmen. Wer die Ausführungen und Perspektiven ernst nehme, die sowohl im Umweltbericht, den der Minister im Jahre 2006 vorgelegt habe, als auch bei der in diesem Jahr stattgefundenen Konferenz zur Biodiversität zum Ausdruck kämen, müsse in diesem Bereich zusätzliche Initiativen unternehmen. Unter der Überschrift „Naturerbe NRW schützen“ gebe es Nachhol- und Ausbaubedarf und den Bedarf, eingegangene Kürzungen zurückzunehmen.

Man würde auch gerne den Bereich „Zukunft Ländlicher Raum“ stärker in den Fokus von Aufwachsen, von zusätzlichen Initiativen nehmen. Hier mache man der Landesregierung und den Koalitionsfraktionen den Vorwurf, dass sie sich sowohl von der Haushaltssystematik als auch von den politischen Initiativen nicht auf einen deutlichen Ausbau der sogenannten zweiten Säule einstellten, der über kurz oder lang kommen werde. Hier betreibe die Landesregierung Betonpolitik – zum Schaden des Landes, weil andere Regionen in Europa sich längst auf diesen Weg eingestellt, die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen und deutliche Akzente gesetzt hätten. Nordrhein-Westfalen stehe am Ende der Kette. Deshalb schlugen die Grünen, insbesondere mit Blick auf die Umstellung, ein Zukunftsprogramm Ländlicher Raum vor.

Der vierte große Schwerpunkt mit den Stichworten „Konjunkturprogramm“, „Belebung der Wirtschaft“ und „Verknüpfung von Ökologie und Ökonomie“ sei für die Grünen das Umweltwirtschaftsprogramm, das man stärken wolle. Denn man glaube, dass in

der Kombination der Schaffung von Anreizen einerseits und den Anforderungen andererseits, die auch die allgemeine Entwicklung im Bereich Klimaschutz stellten, gerade unter dem Gesichtspunkt Material- und Ressourceneffizienz eine Chance für Umwelt und Wirtschaft liege.

Fazit: Vier Schwerpunkte: Verbraucherschutz, Naturerbe NRW schützen, Umweltwirtschaftsprogramm – gerade unter dem Gesichtspunkt der Material- und Ressourceneffizienz – und Zukunftsprogramm Ländlicher Raum. Diese Perspektive stellten sich die Grünen für Nordrhein-Westfalen vor, auf diesen Grundsätzen basierten ihre Änderungsanträge.

Friedhelm Ortgies (CDU) macht einige Anmerkungen zum Haushaltsentwurf des Einzelplans 10:

Die Opposition ver falle wieder in ihre Litanei, die Landesregierung spare nicht genug, gebe aber gleichzeitig zu wenig aus. – Landeshaushalt und Einzelplan 10 orientierten sich auch dieses Jahr wieder an den Vorgaben des Finanzministers, der das vierte Mal in Folge einen Gesamthaushalt mit sinkender Nettoneuverschuldung vorlege. Dies sei gerade in diesen turbulenten Zeiten der Finanzkrise nicht einfach. Svenja Schulze scheine mehr zu wissen als alle anderen. Er – Ortgies – wolle klarstellen, dass das, was dort passiere, nicht der Landesregierung zuzurechnen sei; dafür gebe es andere Gründe.

Die CDU-Fraktion wolle auch 2009 wichtige Schwerpunkte setzen. Dabei gehe es einmal um die Fortführung der Finanzierung der Gemeinschaftsaufgabe. Man werde nicht nur nächstes Jahr, sondern auch in Zukunft dafür sorgen, dass vor allen Dingen für kofinanzierte Programme, von denen der ländliche Raum profitiere, genügend Mittel vorhanden seien. Man wolle verhindern, dass Gelder nicht genutzt würden, wie das früher ab und zu passiert sei.

Ein bedeutsamer Schwerpunkt sei auch die Finanzierung der EU-Wasserrahmenrichtlinie, der Hochwasserschutz und der Erhalt von Natur und Umwelt. Er dürfe daran erinnern, dass 2009 allein im Hochwasserschutz 13,5 Millionen € mehr ausgegeben werde als 2008. Der Ansatz zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie werde 2009 um 8,3 Millionen € erhöht. Das zeige, welche Schwerpunkte gesetzt würden.

Gerade bei der Bekämpfung von Gewässerverunreinigungen – man habe oft über die PFT-Problematik und über TOSU diskutiert – habe die Landesregierung eine Vorreiterrolle gespielt und auch bundesweit gezeigt, was man tun könne. Besonders hervorzuheben, sei auch das Emscher-Programm, inzwischen das größte Infrastrukturprojekt Europas. Man habe das Investitionsprogramm Abwasser beschlossen, das viele Investitionen anstoße und der Wirtschaft insgesamt zur Verfügung stehe.

Noch ein Wort zum Verbraucherschutz: Die Verbraucherzentrale habe dieses Jahr ihr 50-jähriges Bestehen gefeiert. Dabei habe sich die Verbraucherzentrale für die erfolgreiche Unterstützung durch die Landesregierung bedankt. Der Minister habe gerade noch einmal erklärt, dass bis 2010 Vertrauensschutz bestehe, was es vorher nie gegeben habe.

Zur Flächenkonkurrenz: Nordrhein-Westfalen habe mit der „Allianz für die Fläche“ eine Initiative gestartet, das Problem des immer noch zu hohen Flächenverbrauchs öffentlich bekannt zu machen. Die CDU-Landtagsfraktion habe im Frühjahr dieses Jahres ein Werkstattgespräch geführt, das die verschiedenen Gesichtspunkte der unterschiedlichen Nutzungsinteressen und ihre Zukunftsfähigkeit aufgezeigt und beleuchtet habe. Er wolle auch anmerken, wie schnell sich die Zeiten änderten. Noch im Herbst letzten Jahres habe man darüber diskutiert, dass zu wenig Fläche zur Verfügung stehe, um Nahrungsmittel bereitzustellen, und zu viele Agrarprodukte für Energieerzeugung verbraucht würden. Innerhalb von einem halben Jahr habe sich die Situation völlig umgekehrt. Die Agrarpreise seien in vielen Bereichen dramatisch gefallen. Getreide koste gegenüber dem letzten Jahr noch gut die Hälfte. Man lese in diesen Tagen von drastischem Preisverfall bei Milch- und Molkereiprodukten. Man müsse mit Empörung zur Kenntnis nehmen, wie die großen Discounter versuchten, auf dem Rücken der Erzeuger Marktanteile zu gewinnen. Das könne man nur verurteilen, die Landwirtschaft brauche faire Preise. Man brauche die Ackerflächen für Nahrung, Energie, Natur und Umwelt. Die Landesregierung habe bei dem Programm „Allianz für die Fläche“ gute Initiativen ergriffen.

Auch in der Naturschutzpolitik habe die Landesregierung wegweisend gewirkt. Er nenne noch einmal das Landschaftsgesetz, das schon vor längerer Zeit verabschiedet worden sei. Vor allen Dingen werde auch in Zukunft Vertragsnaturschutz vor Ordnungsrecht stehen.

Zum Thema „Landwirtschaft und ländlicher Raum“ wolle er betonen, dass die CDU/FDP-Fraktion und die Landesregierung verlässliche Partner der Landwirtschaft, des ländlichen Raums bleiben würden. Von daher lehne man die eben von Johannes Remmel angesprochenen Punkte ab, die auch bei der Debatte um den Health Check auf EU-Ebene eine Rolle spielten und dazu führten – die SPD sei auf dem gleichen Weg –, dass liquide Mittel von den wirtschaftenden Betrieben abgezogen, Stichwort: Modulation, und in irgendwelche Programme gesteckt würden, die zwar vordergründig auch dem ländlichen Raum dienten, aber letztlich nicht mehr den wirtschaftenden Betrieben zugute kämen. Der Minister habe auf europäischer Ebene immer dafür gekämpft, dass die Modulation nicht zulasten der Landwirtschaft gehe.

Man wolle auch in Zukunft darauf achten, genügend Mittel zur Kofinanzierung von Programmen bereitzustellen.

Als Letztes wolle er – Ortgies – auf die Anträge, vorgelegt von den Grünen, eingehen. Er halte die Deckungsvorschläge für bemerkenswert. Die Anträge beliefen sich auf eine Umfinanzierung von insgesamt knapp 80 Millionen €; davon sollten 60 Millionen € aus der Kiesabgabe kommen. Die Grünen müssten mal öffentlich darlegen, wie das erfolgen solle. Das werde dem Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen schaden.

Weitere 10 Millionen € sollten bei der Landwirtschaftskammer abgeknipst werden. Er dürfe daran erinnern, dass man der Landwirtschaftskammer mit einem mehrjährigen Sparprogramm schon reichlich viele Auflagen zugemutet habe.

Auch der Flughafen Münster/Osnabrück werde von den Grünen wie jedes Jahr als Fundgrube genutzt.

Besonders bemerkenswert sei, dass die Grünen die Landesgartenschau streichen wollten, obwohl gerade in diesem Jahr habe die Landesgartenschau in Rietberg alle Erwartungen übertroffen und bewiesen habe, wie wichtig es gewesen sei, das von Rot-Grün gestrichene Landesgartenschauprogramm wieder aufzulegen. Dass die Grünen die Landesgartenschau streichen wollten, müsse man den Leuten vor Ort einmal erzählen. In Rietberg habe es 800.000 Besucher gegeben – man habe lediglich mit 500.000 gerechnet –, ein Erfolgsprogramm, das die Grünen einfach wegradieren wollten.

Fazit: Trotz schwieriger Rahmenbedingungen und der Finanzkrise sei man sicher, dass die Landesregierung einen vernünftigen ausgeglichenen Etatentwurf vorgelegt habe. Man werde im Plenum weiter darüber diskutieren.

Holger Ellerbrock (FDP) geht zunächst auf den Beitrag von Svenja Schulze ein, die es für unverantwortlich halte, einen Haushalt vorzulegen, weil noch die Steuerschätzung kommen und alles verändern werde. Das nehme er – Ellerbrock – mit Interesse zur Kenntnis. Man brauche einen Haushaltsentwurf als Kalkulationsgrundlage; das machten auch sämtliche SPD-geführten Bundesländer so – aus Verantwortung. Er halte es für abenteuerlich, dass Svenja Schulze das als Ausrede benutze, keine Anträge vorzulegen. Das lasse er ihr nicht durchgehen. Es sei selbstverständlich, einen Etatentwurf vorzulegen. Er sei sicher, wenn die Landesregierung mit dem Entwurf bis zur Vorlage der Steuerschätzung hätte warten zu wollen, wäre die Argumentationslinie von Svenja Schulze völlig anders gewesen. Die Argumentation sei also sehr durchsichtig, aber hocheffizient, weil SPD-Anträge von der Qualität her in diesem Ausschuss sowieso keine Mehrheit finden würden.

Man könnte nun argumentieren, dass auch die Regierungsfaktionen keine Anträge vorlegten. Man habe eine Koalition, und man führe mit dem Ministerium vertrauensvolle Gespräche, sodass es, wenn man Änderungen vorbringe – aus Sicht des Gesamthaushalts gehe es nur um marginale Änderungen –, eine vernünftige Zusammenarbeit gebe. Das sei unter Rot-Grün anders gewesen. Deswegen könne er sich vorstellen, dass die Fantasie fehle, dass so etwas laufen könne. Er sehe die Möglichkeit, als Koalition zu einem guten Ergebnis zu kommen.

Svenja Schulze habe davon gesprochen, der Umwelthaushalt sei die Melkkuh; es müssten mehr Mittel eingesetzt werden. Gerade diese Politik wollten die Koalitionsfraktionen ändern. Rot und Grün hätten in den letzten zehn Jahren ihrer Regierungszeit 50 Milliarden € Schulden gemacht. Das seien rund 45 % der Gesamtverschuldung des Landes Nordrhein-Westfalen, die Rot-Grün zu verantworten habe. Rot-Grün habe das Land in den finanziellen Ruin getrieben. Heute habe die SPD die Chuzpe zu sagen, sie mache keine Anträge, es müsse aber mehr Geld ausgegeben werden. Das sei aus seiner Sicht intellektuelle Tieffliegerei; das könne er nicht durchgehen lassen.

Johannes Remmel wolle ein Programm auflegen und habe dafür auch konkrete Finanzierungsvorschläge vorgelegt. Das finde er – Ellerbrock – gut. Er könne aus Sicht der Grünen nachvollziehen, dass die Landwirtschaftskammer, von den Grünen nie geliebt, als Melkkuh ausersehen werde. Die Koalitionsfraktionen wollten sie jedoch als eigenständige nichtstaatliche Landwirtschaftsverwaltung in Kooperation mit dem Berufsstand erhalten und würden diesem Vorschlag nicht entsprechen. Die Landwirtschaftskammer leiste wertvolle Arbeit und habe im Rahmen der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie zusätzliche Aufgaben übernommen, die vernünftig wahrgenommen werden sollten. Bei diesem Punkt werde man nicht zusammenkommen.

Weiterhin forderten die Grünen eine Kiesabgabe. Hierbei trennten FDP und Grüne Welten. Er – Ellerbrock – müsse gestehen, er habe sich an dem Begriff Wasserentnahmeentgelt verschluckt. Ein Wasserentnahmeentgelt sei sachlich überhaupt nicht gerechtfertigt. Er habe in der letzten Legislaturperiode gesagt, wenn man Gestaltungsmöglichkeiten habe, werde es eine der ersten Maßnahmen sein, das Wasserentnahmeentgelt abzuschaffen, das nicht zu rechtfertigen sei. Aber wegen der hohen Schuldenlast müsse er dem Finanzminister folgen, mit dem Argument, Nachhaltigkeit habe auch eine finanzielle Dimension. Man müsse das Geld nutzen. Trotzdem suche man noch nach Wegen, zu einer vernünftigen Lösung zu kommen. Aber der Einführung einer neuen Abgabe, einer Kiesabgabe, selbst wenn sie in Niedersachsen unter einem anderen Namen eingeführt worden sein solle, werde die FDP nicht zustimmen.

Das Umweltwirtschaftsprogramm sei ein typisches Gießkannenprogramm, mit dem man gut nach draußen gehen könne. Man könne damit werben, etwas zu tun. Aber der Begriff Effizienz sei aus seiner Sicht nicht gerechtfertigt. Die Betriebe und die Wirtschaft hätten heute aufgrund der hohen Rohstoffpreise und der hohen Energiepreise ein ureigenes Interesse, Material- und Ressourcenschutz in erheblichem Umfang selbst zu verwirklichen. Das laufe ganz gut, und man brauche keine neue Gießkanne.

Abschließend wolle er als FDP sagen, dass der Minister seinen Amtspflichten hervorragend und effizient nachkomme, indem er rasch, kompetent und rechtssicher entscheide.

Svenja Schulze (SPD) bezieht sich auf die Aussagen von Holger Ellerbrock. Bei der SPD würden politische Positionen nicht in erster Linie über Haushaltsanträge deutlich gemacht. Es gebe weitere Instrumente, um die politische Position deutlich zu machen. Holger Ellerbrock sollte die augenblickliche wirtschaftliche Situation bekannt sein. Es sei ein Unding, einen Haushalt zu beraten und in 14 Tagen zu schauen, wie es weitergehe. Letztes Jahr sei es darum gegangen, Mehreinnahmen zu verteilen. Das könne dann in einem Nachtrag geschehen. Wenn aber noch gar nicht klar sei, welche Einzelpläne von Kürzungen betroffen sein würden, könne man den Haushalt nicht seriös diskutieren. Das sei erst möglich, wenn solide Zahlen vorlägen und man wisse, wo die Risiken lägen und wie sie in den Haushalt eingingen. In 2009 seien weder Steuermehreinnahmen noch ein Wirtschaftswachstum von 4 % realistisch. Sie

wisse doch, wie in den Haushalten in den letzten Jahren gekürzt worden sei; man könne schon auf Erfahrungswerte zurückgreifen, wie der Haushalt wahrscheinlich im Weiteren aussehen werde. Auf der Bundesebene habe sich der Umweltetat verdoppelt; das könne man vom Umweltetat in Nordrhein-Westfalen nicht behaupten.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Zum Glück nicht!)

Die Ausdrucksweise „Zum Glück nicht!“ zeige die Grundhaltung der FDP, die überhaupt nicht verstanden habe, welche EU-Vorgaben existierten und was auf der Ebene Nordrhein-Westfalen einzuhalten und umzusetzen sei. Der FDP sei es egal, wie die Umweltverwaltung funktioniere, Hauptsache sie sei günstig. Mit einer solchen Grundhaltung könne man keine vernünftige Haushaltsdiskussion führen.

Noch einmal: Die politischen Positionen der SPD hingen nicht allein an Haushaltsanträgen. Sie wolle noch einmal betonen, dass die SPD in keinem Ausschuss einen Haushaltsantrag stellen werde, weil sie diesen Haushalt als absolute Makulatur begreife.

Holger Ellerbrock (FDP) schlägt Svenja Schulze vor, einen Antrag einzubringen, der Landtag möge beschließen, keine Haushaltsberatungen durchzuführen, bevor keine Klarheit in den Haushaltspositionen herrsche. Das bitte er, mit den SPD-regierten Ländern abzustimmen; dann werde man ein harmonisches Konzert haben. – Er bitte um Entschuldigung für diese Aussage, aber so viel Unsinn habe er in so kurzer Zeit noch nie gehört.

Natürlich spielten finanzielle Gesichtspunkte eine Rolle. Die SPD sei doch mitverantwortlich für die Schulden. Überall werde deutlich, dass die SPD eine Gelddruckmaschine anwerfen wolle.

(Svenja Schulze [SPD]: Das machen Sie doch seit 39 Jahren!)

Das könne man sich nicht leisten, das habe das Land in den Ruin getrieben. Deshalb bestünden keine finanziellen Handlungsmöglichkeiten. Man wolle sich doch nicht an den nachfolgenden Generationen versündigen, indem man ihnen noch mehr Schulden aufbürde. Dazu habe die FDP eine ganz andere Position. Die Aussage von Svenja Schulze, sich nicht an der Diskussion beteiligen zu wollen, weil man den Entwurf nicht für solide halte, werde er gerne den Kollegen in den SPD-regierten Bundesländern mitteilen.

Johannes Remmel (GRÜNE) geht zunächst auf den Diskussionsbeitrag von Friedhelm Ortgies ein. Man könne nun die Haushaltspolitik der letzten drei bis vier Jahre bewerten. Rot-Grün habe damals real konsolidiert – das könne man eindeutig anhand von Zahlen nachweisen –,

(Heiterkeit von der CDU)

bei zurückgehenden Steuereinnahmen sei das Haushaltsvolumen zurückgegangen.

(Zuruf von der CDU: Denken Sie doch mal nach!)

Real sei also gespart worden. Die Koalitionsfraktionen hätten insgesamt 7 Milliarden zusätzlich eingenommen, und die Nettoneuverschuldung sei lediglich um 5 Milliarden gesunken.

(Clemens Pick [CDU]): Nur 5 Milliarden!

Das bedeute, es seien 2 Milliarden in zusätzliche Ausgaben gesteckt worden. Der Umweltetat habe davon an keiner Stelle profitiert, sondern habe sogar abgeben müssen. Das sei Tatsache; das sei die Bilanz der Koalitionsfraktionen. Das zu dem Argument, es hätten allgemeine Sparbemühungen stattgefunden. Gespart hätten die Koalitionsfraktionen überhaupt nicht. Der Bereich „Umwelt und Landwirtschaft“ habe deutlich an politischem Gewicht verloren.

Wenn die SPD-Kollegen wirklich der Auffassung seien, dass die Zeiten schlechter würden, müsse man einen Deckel draufmachen und dafür sorgen, dass die jetzt vorhandenen Ansätze im Haushaltsentwurf vielleicht noch an der einen oder anderen Stelle anwüchsen, aber auch beschlossen würden. Man könne nicht fordern, neue Schätzungen haben zu wollen; die Perspektiven verschlechterten sich nur noch. Deshalb müsse man die Haushaltsberatungen im Sinne des Fachinteresses auf den Punkt bringen und abschließen.

Noch ein paar Anmerkungen zur Sache: Er – Remmel – finde es bemerkenswert und sei Holger Ellerbrock auch dankbar, dass er das Wasserentnahmeentgelt noch mal erwähnt habe. Offensichtlich sei eine Aussage getroffen worden, das fortzuführen – bisher habe es in der mittelfristigen Finanzplanung dazu keine Aussage gegeben –, weil das Gesetz 2009 auslaufe. Deshalb wolle er gerne festhalten, diese Koalition werde das Wasserentnahmeentgelt nicht abschaffen. Er fände es fair und sauber, das mit einem Änderungsantrag zum Haushaltsgesetz zu manifestieren, damit die Menschen in Nordrhein-Westfalen, die Betroffenen und die Firmen nicht erst im nächsten Jahr, sondern schon jetzt wüssten, das Wasserentnahmeentgelt werde über 2009 hinaus Gültigkeit haben – im Sinne von Vertrauensschutz und politischer Klarheit. Das wäre im Haushaltsgesetz mit einem einfachen Satz zu regeln; man müsse nur 2009 zum Beispiel durch 2014 ersetzen.

Eine Bemerkung dazu, was hier im Ausschuss eigentlich bewegt werde. Holger Ellerbrock habe gesagt, dass man sich so gut verständigt habe. Da er – Remmel – jedoch schon ein paar Jahre hier sei, wisse er, die Interessen von Landesregierung und Koalitionsfraktionen könnten unterschiedlich sein. Das gebe es heute – im letzten Jahr sei die Koalition bei den Waldverkäufen über den Tisch gezogen worden –, und das habe es auch früher gegeben. Aber das, was CDU und FDP am Volumen des Haushalts auf der Ebene des Parlaments verändert hätten, sei lächerlich. Über 20 Millionen im Jahr sei man nicht hinausgekommen. Die jetzige Koalition nehme sich selbst nicht ernst. Die rot-grüne Koalition sei schon damals mit 200 bis 300 Millionen an der Grenze gewesen – angesichts der Gesamtdimension des Haushalts –, aber die jetzige Koalition bewege an der Stelle parlamentarisch überhaupt nichts.

Zu den Landesgartenschauen: Die Grünen wollten die Landesgartenschau nicht abschaffen, sondern meinten, sie sei im Einzelplan 10 deplatziert. Als eindeutige Wirtschaftsförderungsmaßnahmen sollten Landesgartenschauen aus den Programmen der Wirtschaftsministerin bezahlt werden. Dort gebe es noch ausgesprochen viel Luft; andere Messen und Ausstellungen würden dort ausfinanziert. Wenn es eine Schwerpunktsetzung bei der Förderung des Garten- und Landschaftsbaus in Nordrhein-Westfalen geben solle, sollte das an der entsprechenden Stelle geschehen.

(Clemens Pick [CDU]): Dann müssen Sie das auch beantragen!

Das sei in den allgemeinen Programmen unterzubringen. Es liege in der eigenen Entscheidung der Landesregierung, das möglicherweise zu tun.

Die Kiesabgabe sei in der Tat ein neues Instrument, das aber die Grünen nicht erfunden hätten. Andere Bundesländer – etwa Thüringen – hätten sie auch. Das sei auch keine Forderung der Grünen alleine. Beispielsweise habe das auch der Regionalrat am Niederrhein in seine Beschlussfassung mit aufgenommen. So weit er – Remmel – sich erinnern könne, habe die FDP dem auch zugestimmt. Die Kiesabgabe werde als ein Instrument unter vielen gesehen. Dazu gehöre unter anderem eine Abänderung des Landesplanungsgesetzes, um dem Flächenverbrauch einen Riegel vorzuschieben und die Frage zu beantworten, wie perspektivisch gesichert werden könne, dass den Menschen die Heimat nicht unter den Füßen weggebaggert werde.

Eine letzte Bemerkung zur gesamten Deckungsfähigkeit: Die Grünen hätten deckungsfähige Haushaltsveränderungen vorgelegt. Man habe sogar Einsparungen erzielen können, mit denen man ein Konjunkturprogramm finanzieren wolle, damit langfristig Planungssicherheit herrsche.

Er bitte, die Anträge 4, 8, 9, 15, 21, 25 und 26 einzeln abzustimmen. Die restlichen Anträge könnten en bloc behandelt werden.

Karl Kress (CDU) führt aus, man habe das strukturelle Defizit, das man bei der Regierungsübernahme übernommen habe, signifikant abgebaut. Ihn interessiere, ob die von Rot-Grün hinterlassenen Zinslasten, 5 Milliarden € pro Jahr überschritten.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Wie viele neue Schulden, das ist das Interessante!)

Friedhelm Ortgies (CDU) macht drei Anmerkungen:

Erstens. Johannes Remmel sei ein Rechenkünstler. Insgesamt habe Rot-Grün im letzten Regierungsjahr 7 Milliarden neue Schulden gemacht. Schwarz-Gelb habe 5,5 Milliarden weniger gemacht. Dazu habe Johannes Remmel die Rechnung aufgemacht, besser gewirtschaftet zu haben.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Ja, sicher!)

Zweitens. Johannes Remmel versuche gerade, bei der Landesgartenschau die Kurve zu kriegen. Im Antrag stehe schlichtweg: Streichung. Von einer Umschichtung und anderen Programmen sei keine Rede.

Drittens. Johannes Remmel habe den Vorwurf erhoben, die schwarz-gelbe Koalition habe nicht genug Vorschläge gemacht und nicht genug umgewälzt. Er – Ortgies – wolle eine andere Rechnung aufmachen: Der Haushaltsentwurf sei in vielen Bereichen akzeptabel – einige Punkte werde man noch anfassen – und werde von Schwarz-Gelb unterstützt.

Minister Eckhard Uhlenberg dankt den Koalitionsfraktionen, dass sie den Haushaltsplan 2009 mitberaten und unterstützt hätten. Es gehe nicht nur um Zahlen, sondern insgesamt auch um eine politische Bewertung. Wie die Koalitionsfraktionen unter Rot-Grün miteinander und mit der Landesregierung umgegangen seien – er habe das einige Jahre aus der Perspektive eines Oppositionspolitikers erlebt –, sei für ihn nicht Vorbild. Von daher danke er den Koalitionsfraktionen herzlich für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Es sei der Landesregierung gelungen, die Nettoneuverschuldung von 6,9 Milliarden € auf 1,6 Milliarden € im nächsten Jahr – das seien mit Zahlen von heute – zu reduzieren, eine enorme Leistung. Die Landesregierung habe insbesondere in den Bereichen Schulpolitik, Wissenschaftspolitik, Kulturpolitik, aber auch, was den Einzelplan 10 angehe, große Anstrengungen unternommen. Deshalb sehe man heute einen sehr zufriedenen Minister, der in der Lage sei, mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die großen Aufgaben, die man im Jahre 2009 zu bewältigen habe, ausreichend und vernünftig zu finanzieren.

Das betreffe den Naturschutzetat, der nicht gekürzt, sondern erhöht worden sei. Man habe schon vor zwei Jahren die Arbeit in den Biologischen Stationen in Nordrhein-Westfalen auf eine verlässliche Grundlage gestellt. Das gelte neben dem Naturschutz insbesondere für die Wasserwirtschaft mit ihren besonderen Herausforderungen, aber auch für den Hochwasserschutz bis zur Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie, eine besonders wichtige Aufgabe, die die Landesregierung zu stemmen habe. Man sei in der Lage, die Komplementärmittel für die europäischen Programme zur Verfügung zu stellen. Der Abgeordnete Ortgies habe eben mit Recht darauf hingewiesen, dass in früheren Jahren bei der Vorgängerregierung wieder Mittel nach Brüssel geflossen seien, weil in Nordrhein-Westfalen die Komplementärmittel nicht zur Verfügung gestanden hätten.

Das allgemeine Gezeter, der Haushalt könne nicht beraten werden, weil die gesamte Zahlengrundlage nicht stimme, sei Oppositionsgehebe. Trotzdem stehe die Opposition in der Verantwortung, in der Sache Alternativen zu entwickeln. Das sporne einen Minister an. Er selber habe früher als Oppositionsführer einmal die gleiche Strategie gefahren – die SPD habe ihn damals fürchterlich beschimpft –, die erfolglos gewesen sei. Die Aufgabe einer Opposition liege nicht nur darin zu kritisieren, sondern auch Alternativen darzustellen. Dieser Verantwortung sei die SPD heute nicht gerecht ge-

worden. Gerne hätte er sich in der Sache mit der SPD auseinandergesetzt; das sei nun nicht möglich.

Die Deckungsvorschläge der Grünen nehme er – Uhlenberg – zur Kenntnis, insbesondere, was die Landesgartenschauen anbetreffe. Das werde er den Menschen in Nordrhein-Westfalen kundtun. In den letzten Tagen habe er immer gesagt, das gesamte Parlament stehe hinter den erfolgreichen nordrhein-westfälischen Landesgartenschauen. Offensichtlich verabschiedeten sich die Grünen aus dieser Gemeinschaft.

Dass der alte Kampf gegen die Landwirtschaftskammer fortgeführt werde, kenne man inzwischen zur Genüge; das brauche er nicht weiter zu kommentieren.

Er stelle fest, dass der Haushaltsplan 2009 eine solide Grundlage für eine gute politische Arbeit im Einzelplan 10 darstelle. Wenn das Parlament dieses Zahlenwerk zur Verfügung stelle, sei man in der Lage, auch aufgrund von Mehrausgaben in zentralen Bereichen des Einzelplans 10, in Nordrhein-Westfalen im Jahre 2009 eine gute Umwelt-, Verbraucher- und Agrarpolitik zu realisieren.

Vorsitzende Marie-Luise Fasse ruft die Einzelberatung der Änderungsanträge der Grünen zum Einzelplan 10 auf.

(Die Änderungsanträge zum Einzelplan 10 sind in Vorlage 14/2263 aufgelistet. Im Folgenden werden nur die Anträge aufgeführt, zu denen eine Diskussion stattfindet.)

Antrag Nr. 8 (GRÜNE)

Kapitel 10 020 – Allgemeine Bewilligungen

Titelgruppe 70 – Ausgaben für Pflege von Auslandsbeziehungen

Titel 686 70 – Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland

Zusammenarbeit mit China (Stipendiatenprogramm mit der Provinz Sichuan)

Erhöhung des Ansatzes von 75.000 auf 500.000 € und der Verpflichtungsermächtigungen von 170.000 auf 500.000 €

Johannes Remmel (GRÜNE) bittet, dem gemeinsamen Anliegen mit einem einstimmigen Votum Folge zu leisten. Man habe einen gemeinsamen Antrag gestellt und verabschiedet, der auch eine Mittelerhöhung des entsprechenden Ansatzes „Stipendiatenprogramm China“ beinhaltet habe, die bisher nicht im Haushaltsentwurf enthalten sei.

Holger Ellerbrock (FDP) erläutert, man sei dabei, die Feinabstimmung vorzunehmen, wie man den Ansatz erhöhen könne. Dazu seien einfühlsame Gespräche mit anderen Ressorts notwendig. Er gehe davon aus, dass man das Ziel, zu einer Mittelverstärkung zu kommen, erreichen werde. Er werde den Antrag der Grünen ableh-

nen, weil die Koalitionsfraktionen einen eigenen einbringen würden, der die Zielrichtung einer Erhöhung aufgreife.

Antrag Nr. 9 (Grüne)

Kapitel 10 030 – Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege
Titel 892 11 – Zuschüsse an den Flughafen Münster/Osnabrück
Streichung des Ansatzes von 6,463 Millionen €

Johannes Remmel (GRÜNE) führt aus, zum einen gebe es eine traditionell eine Diskussion, ob es richtig sei, eine solche Position im Haushalt zu verankern.

Zum Zweiten erlebe man es nun im vierten Jahr, dass eine Position in den Haushalt eingestellt werde, ohne dass sie verausgabt werde, weil die Notifizierung nicht vorliege. Er habe deshalb in den Vorgesprächen versucht zu erreichen, den Posten aus haushaltsrechtlichen Gründen – Haushaltswahrheit und -klarheit – nicht mehr in den Entwurf aufzunehmen, weil eine Notifizierung immer noch nicht in Sicht sei. Gegebenenfalls müsse man einen Nachtrag machen, falls doch notifiziert werde. Eine Bewertung, ob es aus haushaltsrechtlicher Sicht nicht geboten sei, diesen Titel zurückzunehmen, habe er allerdings nicht erhalten. Es handle sich um eine „Sparkasse“. Bei jedem Nachtragshaushalt werde der Titel wieder auf null gesenkt und andere Maßnahmen – nicht unbedingt aus Einzelplan 10, sondern anderen Einzelplänen – würden daraus finanziert. Das könne nicht im Interesse des Ministeriums sein.

StS Dr. Alexander Schink (MUNLV) äußert, das Verfahren zum Flughafen Münster/Osnabrück laufe schon etwas länger. Zuerst seien Klagen gegen den Planfeststellungsbeschluss erhoben worden, und jetzt laufe noch das Notifizierungsverfahren bei der EU-Kommission. Man gehe davon aus, dass dieses Verfahren im Jahre 2008 – spätestens Anfang nächsten Jahres – abgeschlossen werde. Dann sei für 2009 Etatreife gegeben. Wenn die Landesregierung eine Zahlungsverpflichtung eingegangen sei, die von diversen Rechtsverfahren abhängig sei, könne sie sich nicht darauf einlassen, erst einmal abzuwarten, bis diese Verfahren beendet seien, um das Ganze erst im Jahr danach in den Haushalt einzustellen. Diese Praxis sei mit den Haushaltsgrundsätzen nicht vereinbar. Man müsse die Beträge veranschlagen, für die es rechtliche Verpflichtungen gebe. Dies sei in Bezug auf die Mittel, vorgesehen für den FMO, der Fall.

Johannes Remmel (GRÜNE) bittet um Präzisierung, ob dies ein einseitiger Wunsch sei oder ob es eine Bestätigung – in welcher Form auch immer: Vermerk, Brief, telefonische Auskunft – der notifizierenden Stelle gebe, dass die Entscheidung noch 2008 erfolge.

StS Dr. Alexander Schink bittet um Verständnis, dass sein Haus dieses Verfahren nicht führe. Im Übrigen erhalte man von der EU-Kommission keine schriftlichen Aus-

sagen dazu, wann eine Entscheidung fallen werde. Es gebe aber Konsultationen, in denen der beschriebene Entscheidungsablauf deutlich geworden sei.

Antrag Nr. 15 (Grüne)

Kapitel 10 040 – Verbraucherangelegenheiten

Titel 684 61 – Zuschüsse für laufende Zwecke an Verbraucherverbände

Erhöhung des Ansatzes um 1,2 Millionen € auf 10 Millionen €

Johannes Remmel (GRÜNE) macht deutlich, dieser Antrag korrespondiere mit einem anderen Antrag unter TOP 5, der heute noch diskutiert werde, und mit der Aktuellen Viertelstunde II, die heute stattgefunden habe. Aus aktuellem Anlass sollte die Verbraucherberatung besser ausgestattet werden.

Holger Ellerbrock (FDP) kündigt an, diesem Antrag nicht entsprechen zu wollen. Man wisse, dass auch die Verbraucherzentrale die Notwendigkeit gesehen habe, einen Konsolidierungsbeitrag zu leisten. Man habe das kompensiert – Herr Müller werde nicht müde, das nach draußen darzustellen –: Das Land gewähre erstmalig für drei Jahre Kalkulationssicherheit zur Finanzierung der Verbraucherberatung. Das sei auch Geldes wert. Zum ersten Mal wüssten die Beschäftigten mit zeitlich befristeten Verträgen, dass daran innerhalb dieser Legislaturperiode nicht gewackelt werde. Natürlich hätte die Verbraucherzentrale – wie alle – gerne mehr Geld. Gleichwohl könnten die Aufgaben erfüllt werden. Man müsse sich strecken, müsse innovativ sein und Drittmittel einwerben. Die Verbraucherzentrale mache das besser, als er – Ellerbrock – je vermutet habe, komme mit dem Geld aus und wirtschaftete sparsam.

Antrag Nr. 21 (Grüne)

Kapitel 10 260 – Landesforstverwaltung

Titel 121 00 – Ablieferungen des Landesbetriebs Wald und Holz NRW

Streichung des Ansatzes von 5 Millionen €

Johannes Remmel (GRÜNE) erinnert daran, er habe um eine Darstellung gebeten, ob diese 5 Millionen € tatsächlich als Gewinn zu erwarten seien. Diese Frage habe bisher schriftlich nicht beantwortet werden können. Das Geschäftsjahr 2008 sei zu gut drei Vierteln um. Wenn man einen Überblick über die Geschäftslage habe, müsste es absehbar sein, ob der Gewinn tatsächlich zu erzielen sei. Er halte es für falsch, das als Einnahme im Haushalt zu verbuchen, gehe aber davon aus, dass der Gewinn überhaupt nicht erwirtschaftet werden könne, sodass es sich um eine Luftbuchung handle.

StS Dr. Alexander Schink gibt zu bedenken, dass es beim Landesbetrieb nicht so einfach sei, während eines laufenden Haushaltsjahres festzustellen, ob Überschüsse erwirtschaftet werden könnten oder nicht. Die Buchführung mache im Moment Schwierigkeiten; da gebe es noch Nachbesserungsbedarf. Man gehe aber davon

aus, dass der Betrag von 5 Millionen € erwirtschaftet und im Jahre 2009, wie im Haushaltsentwurf vorgesehen, verwendet werden könne.

Johannes Remmel (GRÜNE) verweist auf Vorlage 14/2182, in der auf S. 17 stehe:

„Die Art der Erwirtschaftung dieser Mittel ist bewusst ganz offen gehalten.
Der Landesbetrieb kann dies in eigener Zuständigkeit entscheiden.“

Der Abgeordnete möchte wissen, welche unterschiedlichen Arten der Erwirtschaftung man sich vorstellen könne.

StS Dr. Alexander Schink antwortet, dies sei ein Betrieb, und man bemühe sich sehr, in die Betriebsführung und die Erwirtschaftung von Einnahmen nicht zu sehr einzugreifen. Es gebe verschiedene Möglichkeiten, Einnahmen in Höhe von 5 Millionen € zu generieren: einmal die große Position der Holzverkäufe und zum andern Einsparbemühungen in bestimmten Bereichen. Vielleicht würden Liegenschaften, die in diesem Jahr nicht vollständig veräußert worden seien, im nächsten Jahr abverkauft.

Johannes Remmel (GRÜNE) merkt an, mit dieser Politik werde ein Landesbetrieb systematisch kaputtgemacht. Gewinne, die in diesem Jahr erwirtschaftet worden seien, sollten zur Deckung des nächsten Haushalts verwendet werden. Im November müsse man doch sehen können, ob der Landesbetrieb das leisten könne oder nicht. Er – Remmel – habe Rückmeldungen, dass die Grundstücke nicht hätten verkauft werden können, sodass dieser Gewinn nicht erwirtschaftet werde. Es hätten keine Gewinne aus Holzverkäufen erzielt werden können. Es handle sich um eine reine Luftbuchung. Man wolle offensichtlich auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auf dem Rücken der Perspektiven des Landesbetriebs ein Kaputtsparen erwirken – zugunsten des Gesamthaushalts und zulasten eines vermögensverwaltenden Betriebs.

StS Dr. Alexander Schink erinnert daran, dass der Landesbetrieb, gerade von Rot-Grün gegründet, auf seine Aufgaben in keiner Weise vorbereitet gewesen sei, als diese Landesregierung ihn übernommen habe. Man habe eine umfängliche Strukturreform des Landesbetriebs durchführen müssen, und es habe an allen Ecken und Enden an Methoden und Mitteln gefehlt, damit dieser Landesbetrieb als Betrieb arbeite. Jetzt arbeite er als Betrieb, und nun sei es auch wieder nicht richtig. Die Aussage, der Landesbetrieb werde kaputtgespart, sei keinesfalls richtig. Man setze vielmehr den Landesbetrieb in die Lage, in den Bereichen, in denen das nötig sei, betriebswirtschaftlich zu arbeiten. Man versetze ihn in die Lage, seine Hoheitsaufgaben tatsächlich zu erfüllen.

Es gerate manchmal in Vergessenheit, dass die Schäden im Zusammenhang mit Kyrrill durch den Landesbetrieb Wald und Holz aufgearbeitet worden seien. Es werde kritisiert, dass auch beim Landesbetrieb Einsparbemühungen hätten durchgeführt

werden müssen. Jeder Betrieb in diesem Land müsse zum Erfolg der Sparbemühungen beitragen – auch der Landesbetrieb. Die Behauptung, die Landesregierung spare den Landesbetrieb kaputt, müsse er entschieden zurückweisen. Er gehe davon aus, dass die Einnahmen in Höhe von 5 Millionen € tatsächlich realisiert würden.

Holger Ellerbrock (FDP) merkt an, Johannes Remmel spreche gerne von Kaputtsparen. Das finde er – Ellerbrock – schade. Er habe am Anfang der Legislaturperiode immer die Zielrichtung bevorzugt, den Landesbetrieb wieder in die Landwirtschaftskammer zurückzuführen. Nach langen Gesprächen habe man sich darauf geeinigt, den Landesbetrieb zu konsolidieren und ihm eine Chance zu geben. Es sei den Beschäftigten nicht zuzumuten: Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln! In dieser Koalition laute nun die Überzeugung, der Landesbetrieb solle seine Chance haben und möglichst eigenverantwortlich wirtschaften: ohne viel Einfluss des Ministeriums. Das laufe bislang auch einigermaßen. Dass Kyrill und die großen Stürme gut bewältigt worden seien, sei ein positives Zeichen. Gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sei es aber nicht fair, von Kaputtsparen zu reden. Denn wer wolle schon in einem Betrieb arbeiten, der draußen als nicht überlebensfähig bezeichnet werde.

Johannes Remmel (GRÜNE) widerspricht, nicht nur die Grünen redeten von Kaputtsparen. Das höre man landauf landab, wenn man sich mit Fachleuten unterhalte. Dem Betrieb werde ständig in die Speichen gegriffen, und seine Standbeine würden laufend gekürzt. Die Perspektive habe Holger Ellerbrock aufgezeigt: Die Landesregierung vertrete unverhohlen die Auffassung, den Betrieb so kaputtzumachen, dass zum Schluss nichts anderes übrig bleibe, als ihn wieder in die Landwirtschaftskammer zu überführen. Das habe man nicht direkt umsetzen können – das sei auch haushaltstechnisch schwierig –, aber das sei sozusagen die Perspektive auf der Strecke.

Wenn ein Betrieb in einem Jahr einmal besser arbeite – wegen Kyrill –, müsse das Geld in eine Rücklage und nicht an den allgemeinen Haushalt fließen. Der Abgeordnete fragt, ob die Landesregierung einen Überblick habe, ob das Geld abgeführt werden könne oder nicht.

Clemens Pick (CDU) hält die Diskussion für unterirdisch, weil Johannes Remmel anscheinend von in der Forstwirtschaft üblichen betriebswirtschaftlichen Sachverhalten selber keine Ahnung habe und sich Informationen von Dritten hole.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Nachhaltig!)

Wenn man private und kommunale Betriebe betrachte, würden in der Forstwirtschaft Beträge erwirtschaftet, die zwischen 2,5 und 4 % des Anlagekapitals lägen. Ähnlich verhalte es sich auch für die Flächen des Landeswalds. 5 Millionen € bei 100.000 ha mit entsprechenden Zuwächsen seien eher nach unten als nach oben prognostiziert. Die Zahlen könnten wirklich erreicht werden. Es komme darauf an, zum einen die Einnahmemöglichkeiten auszuschöpfen, zum anderen aber auch in verschiedenen Bereichen Einsparungs- und Optimierungspotenziale zu nutzen. Das mache der Be-

trieb jetzt. Deshalb werde man auf Dauer diese Zahlen erzielen können, weil sie unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten erreichbar und keinesfalls zu hoch gegriffen seien. So, wie der neue Landesbetrieb aufgestellt worden sei, werde das nach draußen deutlich. Das sei in der Vergangenheit und auch zuzeiten früherer Regierungen immer irgendwo untergegangen und nie klar in den Bilanzen deutlich gemacht worden. Nun habe man klare, nachvollziehbare Zahlen, und er sei sicher, dass die Ziele ohne Probleme erreicht werden könnten.

Insofern seien der heutige Antrag und die Diskussion vollkommen überflüssig und würden den Betrieb nicht weiterbringen. Man könne sich vorstellen, wie ein Betrieb unter dem Strich wirtschaften würde, wenn man ihm sage, nichts erwirtschaften zu müssen, sondern vielleicht sogar etwas zu bekommen. Es müssten Ziele gesetzt und Zielvereinbarungen getroffen werden, was in der Vergangenheit versäumt worden sei. All das sei jetzt geschehen, und auf einmal komme man weiter.

Annette Watermann-Krass (SPD) macht auf die Aussagen in der letzten Ausschusssitzung aufmerksam, die in diesem Zusammenhang vorgetragen worden seien. 29 Millionen €, die in diesem Jahr noch fällig würden, davon 20 Millionen für den Haushalt, müssten noch in diesem Jahr eingespielt werden. Man müsse sich die betriebswirtschaftlichen Daten des Landesbetriebs ansehen. Durch die Umstellung von indirekter auf direkte Förderung sei im Jahr 2010 ein Paradigmenwechsel angesagt, ohne dass die Arbeitsgruppe abschließend zu einem Ergebnis gekommen sei, ohne dass erkennbar sei, wie dies in der kurzen Zeit zu bewältigen sei. Deshalb halte auch sie den Eindruck von Johannes Remmel für angebracht, das werde schwierig und sei kaum darstellbar. Diese Auskünfte erhalte man nicht von irgendwoher, sondern aus Gesprächen mit den Forstleuten des Landesbetriebs. Eine hohe Verunsicherung sei da; man wisse nicht, wie man das bewältigen solle.

Hinzu komme noch der Verkauf des Staatswaldes; auch darüber habe man in der letzten Sitzung gesprochen. Nach einem Verkauf seien aus diesem Wald keine Einnahmen aus Einschlügen mehr zu erwirtschaften.

Holger Ellerbrock (FDP) betont, es wäre für die Koalitionsfraktionen sehr viel einfacher gewesen, direkt nach der Regierungsübernahme den Landesbetrieb zurück an die Landwirtschaftskammer zu überführen. Das wäre trotz technischer Probleme machbar gewesen. Es sei aber entschieden worden, das nicht zu tun. Dafür habe sich auch der Minister in besonderem Maße eingesetzt, um Ruhe hineinzubringen. Die Beschäftigten seien auf diesen Weg geschickt worden; man müsse dem Landesbetrieb eine Chance geben.

Er habe – wie beim Wasserentnahmegesetz – keine Probleme damit zu sagen, sich für etwas eingesetzt zu haben, ohne sich durchzusetzen, oder einen Erkenntnisgewinn zu haben, und das laufe jetzt in eine andere Richtung.

Man wolle den Landesbetrieb nicht kaputtsparen, sondern ihn stützen. Er – Ellerbrock – habe keinen Anlass anzunehmen, dass vor oder hinter der Bühne Strippen

gezogen würden, um den Landesbetrieb kaputtzusparen. Er bitte, das nicht weiter zu behaupten; das fände er unfair.

StS Dr. Alexander Schink teilt mit, er habe sehr wohl einen Überblick. Er lasse sich alle 14 Tage über die Haushaltswirtschaft des Landesbetriebs unterrichten. Allerdings wolle er auf folgende Punkte hinweisen:

Der Landesbetrieb sei als Betrieb gegründet worden, ohne dass ihm am Anfang Instrumente für eine ordentliche Betriebsführung zur Verfügung gestanden hätten. Es habe keine für einen Betrieb geeignete Buchhaltung gegeben, keine Kosten- und Leistungsrechnung. All dies habe erst aufgebaut werden müssen und sei noch im Aufbau, weil sich der Landesbetrieb wegen der Aufarbeitung der Kyrill-Schäden zunächst auf andere Dinge habe konzentrieren müssen.

Zur direkten Förderung habe Frau Watermann-Krass darauf hingewiesen, dass dies ein Paradigmenwechsel sei, der für 2010 anstehe. In der letzten Sitzung habe man noch darüber gesprochen, dass ein Modellversuch für die direkte Förderung gemacht werden solle, beginnend mit der Rundholzvermarktung, und im nächsten Jahr werde man sich mit der Frage beschäftigen, wie es mit der Betreuung insgesamt aussehe. Nach Abschluss des Modellversuchs werde man diese Frage erneut auf der Tagesordnung haben und entscheiden. Deshalb könne von einem Paradigmenwechsel, der jetzt schon beschlossen sei und den Landesbetrieb von der Einheitsforstverwaltung wegführe, überhaupt keine Rede sein. Minister Uhlenberg habe immer erklärt, zur Einheitsforstverwaltung zu stehen, die fortgeführt werde. Das sei auch nach wie vor Auffassung der Landesregierung.

In diesem Jahr würden tatsächlich Waldverkäufe in Höhe von 29,5 Millionen € kassenwirksam. Er – Schink – gehe davon aus, dass dies abgeschlossen werde.

Clemens Pick (CDU) fragt den Staatssekretär, ob er wie die CDU den Eindruck habe, dass seinerzeit mit der Bildung des Landesbetriebs Wald und Holz, die ohne Konzeption erfolgt sei, die Absicht bestanden habe, die Landwirtschaftskammer vor die Wand zu fahren.

Johannes Remmel (GRÜNE) stellt Clemens Pick eine Frage. Dieser habe vor Ort erklärt, über die Waldverkäufe sei nicht entschieden. Ihn – Remmel – interessiere für den Fortgang der weiteren Diskussion, ob darüber nun entschieden sei oder nicht.

Es sei löblich, dass sich der Staatssekretär alle zwei Wochen über die wirtschaftliche Entwicklung des Landesbetriebs unterrichten lasse. Der Abgeordnete fragt, ob es Anweisungen des Staatssekretärs mit Blick auf den Haushaltsentwurf 2009 gebe, die im Haushaltsentwurf vorgesehenen 5 Millionen € in diesem Jahr zu erwirtschaften – durch welche kreative Buchführung oder Maßnahme auch immer.

StS Dr. Alexander Schink erwidert, selbstverständlich unterhalte man sich über dieses Thema sehr intensiv. Er habe aber gesagt, es sei Aufgabe des Landesbetriebs,

Ausschuss für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
57. Sitzung (öffentlich)

05.11.2008

mr-be

die Entscheidung darüber zu treffen, wie diese 5 Millionen € erwirtschaftet werden sollten. Dies sei keine Vorgabe des Staatssekretärs an den Landesbetrieb. Es werde lediglich die Frage erörtert, in welchen Bereichen solche Einnahmen erzielt werden könnten. Der Abgeordnete könne sicher sein, dass man sich darüber unterhalte. Abgerechnet werde am Ende des Haushaltsjahres 2008. Er – Schink – gehe davon aus, dass dann die 5 Millionen € zur Verfügung stünden.

Antrag Nr. 25 (Grüne)

Kapitel 10 400 – Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz

Titelgruppe 63 – Verbesserung der Lebensmittelüberwachung

Titel 422.. bis 428.. – Personalausgaben für Lebensmittelkontrolleure

Neuer Ansatz in Höhe von 5 Millionen € und neue Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 10 Millionen €

Johannes Remmel (GRÜNE) erläutert, man wolle dem Ministerpräsidenten helfen, sein Versprechen einzulösen. Die Grünen sähen nicht, dass der Umweltminister dem Ministerpräsidenten helfe. Deshalb müsse das Parlament dazu beitragen, dass die Glaubwürdigkeit des Ministerpräsidenten in der Perspektive hergestellt sei.

Holger Ellerbrock (FDP) erkundigt sich nach der Nachfrage nach Lebensmittelkontrolleuren und Kontrollassistenten von kommunaler Seite, wie man dabei vorankomme und ob das Parlament noch Hilfestellung leisten könne.

StS Dr. Alexander Schink entgegnet, die Nachfrage nach Kontrollassistenten sei groß. Es gehe um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die aus PEM zu den Kommunen gingen und weiter vom Land finanziert würden.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Die Holzfäller!)

Sie seien zu Kontrollassistenten fortgebildet und könnten die ihnen anvertrauten Aufgaben, wie schon mehrfach dargestellt, erfüllen. Es gehe nicht um die umfänglichen Aufgaben eines Lebensmittelkontrolleurs.

Das Konzept für die Lebensmittelkontrolleure, dem sich die Grünen angeschlossen hätten – sie wollten nun 5 Millionen € mehr zur Verfügung stellen –, basiere darauf, dass diejenigen, die Lebensmittelkontrolleure werden wollten, von den Kommunen eingestellt würden und das Land übernehme die Ausbildungskosten für die zweijährige Ausbildung. Man müsse also zunächst einmal Kommunen finden, die bereit und in der Lage seien, diese Lebensmittelkontrolleure einzustellen. Da der Landtag zunächst den Haushalt beschließen müsse, habe man entsprechende Gespräche mit den Kommunen noch nicht geführt. Diese würden in Kürze anlaufen.

Er gehe davon aus, dass man die entsprechenden Ausbildungskapazitäten und die Stellen bei den Kommunen zur Verfügung stellen könne. Wie sich das im Einzelnen gestalte, könne er im Moment noch nicht sagen. Denn eine große Zahl von Kommunen befinde sich in der Haushaltssicherung, und bekanntlich hätten diese Kommu-

nen nicht unerhebliche Schwierigkeiten, neues Personal einzustellen. Im Einzelfall werde es darauf ankommen, genau festzustellen, bei welcher Kommune welche Anzahl von Lebensmittelkontrolleuren, die in die Ausbildung kommen sollten, eingestellt werden könne. Darüber könne man hier im Ausschuss berichten, wenn man dieses Programm mit den Kommunen umgesetzt habe.

Holger Ellerbrock (FDP) fragt, ob er das richtig verstanden habe, dass das Land für die zweijährige Ausbildung für die Kommunen in Vorleistung trete, damit diese später gut ausgebildete Lebensmittelkontrolleure einstellen könnten. Das Land übernehme diese Ausbildungskosten in bekannter Kommunalfreundlichkeit, obwohl es um eine kommunale Aufgabe gehe.

StS Dr. Alexander Schink antwortet, das Land übernehme die Ausbildungskosten für die Kommunen. Die Kommunen müssten hinterher die Lebensmittelkontrolleure einstellen, weil dies eine ureigene kommunale Aufgabe sei, die die Kommunen in ihrer Selbstverwaltung, auch was die Personalhoheit angehe, in der Regel selber wahrzunehmen hätten.

Johannes Remmel (GRÜNE) verweist darauf, nicht nur ein Bürgermeister aus Langfeld, der übrigens der CDU angehöre, habe dieser Landesregierung ins Stammbuch geschrieben habe, sie sei die kommunalfeindlichste, die es in der Geschichte des Landes gegeben habe.

(Vorsitzende Marie-Luise Fasse: Das ist aber eine Einzelmeinung!)

Er – Remmel – habe nur deutlich machen wollen, eine Performance, die so aussehe, der Ministerpräsident verspreche, der Umweltminister mache eine Mogelpackung daraus, und dann schiebe man der Kommune den schwarzen Peter zu, machten die Grünen nicht mit. Die Verantwortung müsse beim Land liegen, kein Abschieben an die Kommunen, und die Grünen wollten auch keine Hilfsassistenten, sondern Lebensmittelkontrolleure. Das sei der Hintergrund des Antrags.

StS Dr. Alexander Schink meint, dann fehlten der Antrag zur Verstaatlichung der Lebensmittelkontrolle und eine Ausführung dazu, wie sich das mit der kommunalen Selbstverwaltung verhalte. Er habe Schwierigkeiten, das alles unter einen Hut zu bekommen. So ziele der Antrag auf das Programm und die Strategie des Landes ab. Dazu könne man sicher mehr Geld gebrauchen; aber so sei der Antrag wohl nicht gemeint, wenn er Johannes Remmel richtig verstanden habe.

Holger Ellerbrock (FDP) insistiert, er wolle eine klare Antwort – Ja oder Nein – auf die Frage haben, ob das Land Nordrhein-Westfalen in Vorleistung trete für Ausbildungskosten, die eigentlich die Kommunen wegen der kommunalen Pflichtaufgaben hätten selbst leisten müssen. – **StS Dr. Alexander Schink** bejaht die Frage.

Die Änderungsanträge der Grünen zu Einzelplan 10 mit den Nummern 1 bis 26 (siehe Vorlage 14/2263) werden – bei Einzelabstimmung der Anträge 8, 9, 15, 21, 25 und 26 und En-bloc-Abstimmung der restlichen – mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD abgelehnt.

Dem Einzelplan 10 wird in der Gesamtabstimmung mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen unverändert zugestimmt.

Der Einzelplan 03, Kapitel 03 310 – 5 Bezirksregierungen –, wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen angenommen.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/7000 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen angenommen.